

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Langzeitarbeitslosigkeit - Banken -  
Energiepolitik - Stromtarife - US-Handelspolitik**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1989) : Kurz kommentiert: Langzeitarbeitslosigkeit - Banken - Energiepolitik - Stromtarife - US-Handelspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 6, pp. 269-270

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136523>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Langzeitarbeitslosigkeit Vielschichtiges Problem

---

Mit massiven Lohnkostenzuschüssen an Arbeitgeber – 1,5 Mrd. DM in den nächsten 3½ Jahren, um die Einstellung von rund 60 000 Arbeitslosen zu ermöglichen, die länger als ein Jahr keine Arbeit hatten – will Arbeitsminister Blüm der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit einen neuen Impuls geben. Der Schritt war zweifellos überfällig.

Trotz des langen Aufschwungs und des kräftigen Beschäftigungswachstums ist die Langzeitarbeitslosigkeit bis zuletzt nahezu ununterbrochen gestiegen. Flankierende Hilfe des Staates ist nötig, und die bisherigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente genügen offensichtlich nicht. Der wichtigste Vorteil von Lohnkostenzuschüssen etwa gegenüber ABM-Stellen und Qualifizierungsmaßnahmen ist die Möglichkeit der Praxiserfahrung auf dem regulären Arbeitsmarkt und damit auch die größere Chance zur Wiedereingliederung. Sinnvoll ist die Ausrichtung auch auf Arbeitslose, die „erst“ ein Jahr ohne Beschäftigung sind. So kann bereits frühzeitig der Gefahr, daß sich hartnäckige Langzeitarbeitslosigkeit herausbildet, entgegengewirkt werden; Mitnahmeeffekte müssen allerdings in Kauf genommen werden.

Allerdings werden Lohnkostenzuschüsse allein die Beschäftigungschancen für Langzeitarbeitslose nicht entscheidend verbessern können. Das Problem ist allzu vielschichtig; oft verbergen sich hinter Langzeitarbeitslosigkeit mehrere Arbeitsmarktrisiken – fehlende Qualifikation, Alter über 50 Jahre, gesundheitliche Einschränkungen. Um einen nachhaltigen Impuls zu erzielen, sind weitere Schritte nötig, vor allem eine besondere Initiative der Tarifpartner. Im Hinblick auf die Wiedereingliederung einer größeren Zahl von Langzeitarbeitslosen sollten Qualifizierungsmaßnahmen, aber auch besondere Einstiegstarife und Arbeitsbedingungen erwogen werden. sp

---

## Banken Mehr Wettbewerb im Finanzsektor?

---

Ohne Zweifel verfügen Banken generell und Großbanken insbesondere über Macht, da sie bei größeren Krediten über Wohl und Wehe von Kreditnehmern mitentscheiden. Diese Macht steigt mit zunehmender Wettbewerbsbeschränkung, etwa wenn Finanzierungsarten

bestimmten Institutsgruppen vorbehalten bleiben, wenn Großbanken nicht nur Kreditmärkte, sondern auch Kapitalmärkte dominieren, wenn sie sehr hohe Nichtbanken-Beteiligungen halten dürfen, wenn Kreditinstitute dem Einfluß des Kartellgesetzes entzogen und weitgehende personelle Verflechtungen zugelassen werden. Beschränkt wird der Wettbewerb ebenfalls, wenn EG-Regierungen die Chance einer Belebung ab 1993 dadurch vertun, daß sie die bereits anrollende Banken-Fusionswelle noch kräftig unterstützen.

Vor diesem Hintergrund ist es nur zu begrüßen, wenn sich viele Politiker für mehr Wettbewerb im Finanzsektor einsetzen. Fraglich ist allerdings, ob die seitens der FDP vorgeschlagene Reduzierung von Bankenbeteiligungen auf 15% des Nichtbanken-Kapitals die geeignetste Maßnahme dazu ist. Erfolgversprechender wäre etwa die Reservierung des Wertpapiergeschäfts für Makler oder ähnliche Spezialisten und eine weitergehende Beteiligungs-Reduzierung für die Banken, wobei die Monopolkommission z.B. 5% vorschlägt. Selbst eine solche Herabsetzung muß aber ihr Ziel verfehlen, wenn es um gesamtwirtschaftliche Problemfälle geht, bei denen der Staat Banken meist zur Beteiligung drängt. Der Anlaß zu dem Vorstoß der FDP – die anstehende Fusion zwischen MBB und Daimler-Benz unter Beteiligung der Deutschen Bank – dürfte aber gerade ein solcher Fall sein. Sinnvoller wäre es zudem, gleich auf EG-Ebene zu kämpfen; denn die vorgesehene EG-Beteiligungs-Begrenzung auf 10% der Banken-Eigenmittel würde die Deutsche Bank kaum zwingen, ihren Daimler-Anteil zu reduzieren. de

---

## Energiepolitik Säule eingerissen

---

Das Tempo, mit dem die Bundesregierung eine jahrelang als unverzichtbar geltende Säule ihrer Energiepolitik plötzlich einreißt, ist beachtlich. Überrascht haben wird der jetzt offiziell verkündete Verzicht auf die Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstäbe allerdings wohl niemanden, nachdem die Elektrizitätswirtschaft vor wenigen Wochen klargestellt hatte, daß sie an der kostspieligen Anlage nicht mehr interessiert ist.

Die Umstände der Beendigung des Projekts stellen der Energiepolitik der Bundesregierung kein gutes Zeugnis aus. Denn daß die von der Politik zum einzig richtigen Weg erklärte Konzeption der nationalen Wiederaufarbeitung auch gleichzeitig die teuerste ist, war seit langem bekannt. Trotzdem wurde in Bonn – anders

als bei den Kraftwerksbetreibern – versäumt, über eine Alternative zu dem umkämpften Bau in Wackersdorf nachzudenken. Dies ist ein weiteres Beispiel für die prinzipielle Unfähigkeit der Politik, einmal getroffene Entscheidungen über Großprojekte zu korrigieren, wenn deren ökonomischer Sinn zweifelhaft wird. Steuerzahler und Stromkunden mögen sich damit trösten, daß es sich bei der Wiederaufarbeitungsanlage angesichts des erst geringen Baufortschritts um eine vergleichsweise billige Fehlplanung handelt.

Die Gegner des Projekts werden sich über die Einstellung freuen. Sicherlich erscheint vielen von ihnen das Ende von Wackersdorf als problematischer Sieg, weil die Risiken, die mit derartigen Anlagen verbunden sind, jetzt nur ins benachbarte Ausland verlagert werden. Andererseits eröffnet sich die Chance, daß Wackersdorf mit dem angekündigten Bau einer Solarzellenfabrik zu einem Zentrum für alternative Energietechniken wird. km

---

### Stromtarife

## Neue Einsparungsmöglichkeiten

---

Die geltenden Stromtarife werden seit langem mit dem Hinweis kritisiert, sie förderten aufgrund ihrer Kombination von festem Grundpreis und niedrigem Arbeitspreis den verschwenderischen Umgang mit der „Edelenergie“. Reformvorschläge stießen jedoch immer wieder auf einmütige Ablehnung bei der Elektrizitätswirtschaft, die wohl auch um die Auslastung ihrer reichlichen Kapazitäten fürchtete. Das mag ein Grund dafür sein, daß der jetzt von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf für eine neue Tarifordnung ab 1990, die den sparsamen Einsatz von Strom belohnen und Nachfragespitzen abbauen soll, erst nach zehnjährigem Bemühen zustande kam.

In der Vorlage wird zwar die Aufteilung des Tarifpreises in eine feste und eine variable Komponente beibehalten, doch kann der Kunde künftig durch eine Verringerung des Stromverbrauchs nicht nur Einsparungen entsprechend dem Arbeitspreis erzielen, sondern auch den Grundpreis reduzieren. Der Grundpreis für Haushalte, Unternehmen und Landwirte wird nämlich nicht mehr nach der Anzahl der Räume, dem Gerätebestand bzw. der Fläche festgesetzt, sondern aus dem tatsächlichen Stromverbrauch abgeleitet.

Ob die geplante Tarifreform das Verhalten der Stromverbraucher wie gewünscht beeinflussen wird, ist allerdings zweifelhaft. So dürfte der neue Tarif für viele, die

schon ihre heutige Stromrechnung nicht verstehen, zu kompliziert sein, um daraus die energiepolitisch angestrebten Konsequenzen zu ziehen. Für die meisten Tarifkunden sind die eingebauten Sparanreize ohnehin nur indirekt wirksam. Auch wenn die geplante Tarifordnung insgesamt in die richtige Richtung weist, wird sie alles in allem wohl nur wenig zur Ausschöpfung des Sparpotentials für Energie beitragen. ma

---

### US-Handelspolitik

## Kontraproduktives Druckmittel

---

Nach der Bestandsaufnahme vermeintlich unfairer Handelspraktiken in 34 Ländern und zwei regionalen Handelsblöcken hat Carla Hills, die Handelsbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, nun fünf Praktiken in drei Ländern ausgewählt, die gemäß dem vielzitierten „Super-301“ des US-Handelsgesetzes vorrangig bekämpft werden sollen. Sie reichen von mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen in Brasilien über eine ausländerfeindliche öffentliche Auftragsvergabe bei Satelliten und Supercomputern in Japan bis zur Abschließung des Versicherungsmarktes in Indien.

Die Prioritätenliste ist freilich wesentlich kürzer als befürchtet geraten. So hat überrascht, daß die EG und einzelne Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sowie Südkorea und Taiwan nicht aufgeführt sind. Das Gegeninventar der EG mit einer Fülle fragwürdiger, von den USA selbst praktizierter Importrestriktionen scheint in Washington seinen Eindruck nicht verfehlt zu haben, während Südkorea und Taiwan vorsorglich verschiedene Liberalisierungsschritte eingeleitet hatten, die zur „Verschonung“ führten. Dennoch ist das Vorgehen der USA auf der diesjährigen OECD-Ministerkonferenz zu Recht auf scharfen Protest gestoßen: es handle sich um eine Bedrohung der multilateralen Handelsordnung, die nicht hingenommen werden könne, so der neue japanische Ministerpräsident Uno; einzelne GATT-Mitglieder sollten sich nicht zu Richtern aufschwingen (EG-Außenkommissar Andriessen).

Angesichts der geschlossenen Abwehrfront hat Carla Hills Konzessionsbereitschaft signalisiert: die nunmehr unverzüglich aufzunehmenden Verhandlungen mit Japan, Brasilien und Indien „könnten“ in das GATT hineingetragen werden. Dieser Weg bietet sich an, zumal das Streitschlichtungsverfahren des GATT in der Uruguay-Runde erheblich gestraft worden ist. Demgegenüber ist die unilaterale „Breachstange“ ein kontraproduktives Druckmittel. ko